

VERGABE-WIRRWARR. In der Coronakrise traten etliche Schwächen bei der Beschaffung der öffentlichen Hand zutage. Die Folge: Gerichtsstreitigkeiten über die korrekte Vergabe, etwa von Coronatests.

NACHHALTIGKEIT. Die öffentliche Beschaffung soll nachhaltiger, sozialer und gerechter werden. Dafür hat die Regierung einen Aktionsplan vorgelegt.

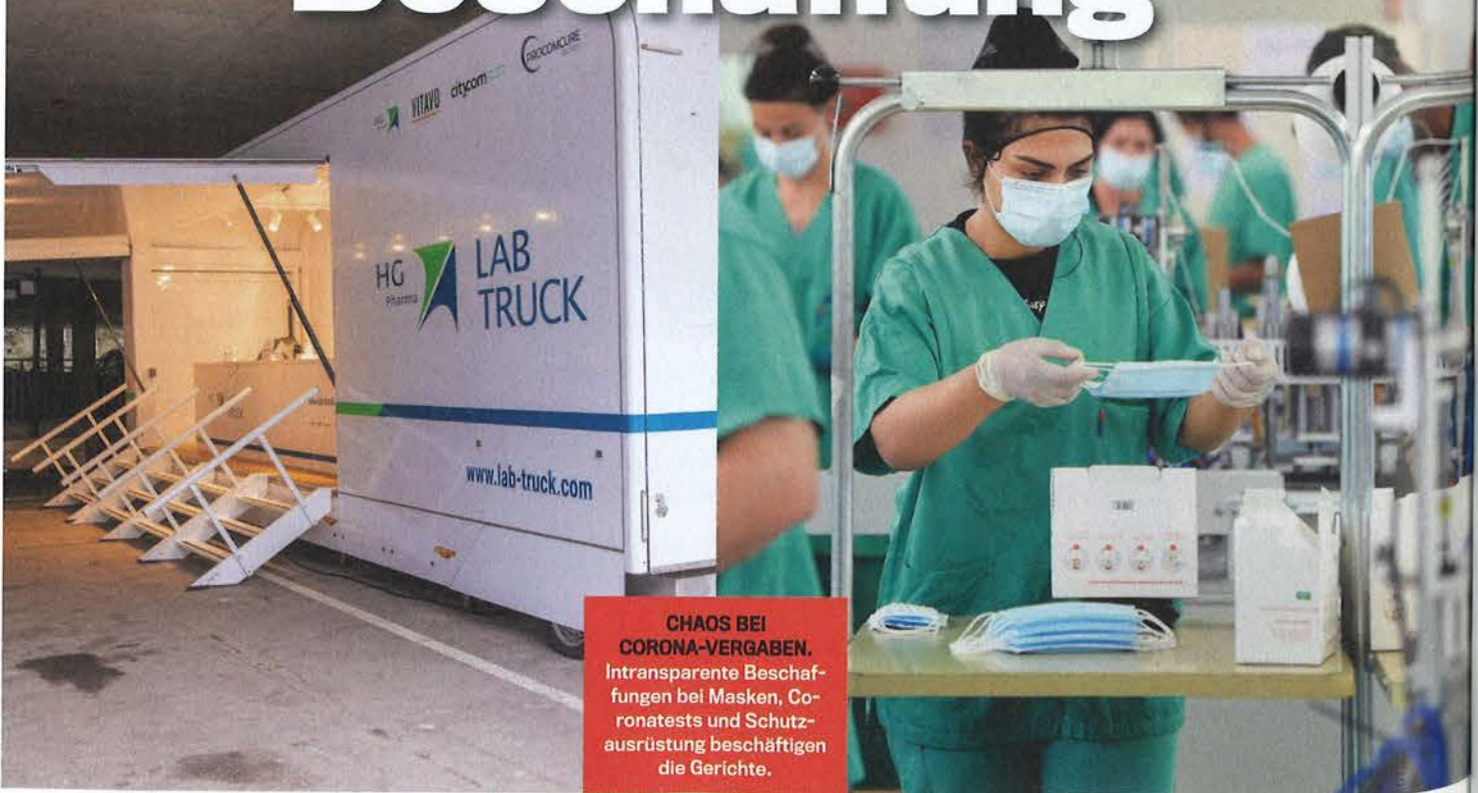
INTERVIEW. Vergaberechtsexperte Martin Schiefer fordert mehr Transparenz bei öffentlichen Vergaben. Für Bieter wünscht er sich mehr Planungssicherheit.

VERGABERECHT





Milliardenmarkt Beschaffung



CHAOS BEI CORONA-VERGABEN. Intransparente Beschaffungen bei Masken, Coronatests und Schutzausrüstung beschäftigen die Gerichte.

Intransparente und mangelhafte Auftragsvergaben während der Coronakrise haben die Wichtigkeit des öffentlichen Beschaffungswesens in den Fokus gerückt. Über öffentliche Vergaben wird immer mehr Geld verteilt, EU-weit mehr als zwei Billionen Euro. Und immer öfter dienen diese Ausschreibungen nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch der Durchsetzung politischer Interessen wie der Klima- oder Sozialpolitik.

VON ANGELIKA KRAMER

Es war einer der Aufreger des Wirtschaftsjahres 2021. Die im Jahr 2020 mit höchsten politischen Ehren aus der Taufe gehobene Maskenproduktion von Hygiene Austria, einem Joint Venture von Lenzing und Palmers, implodierte im Frühjahr dieses Jahres spektakulär. Einer Razzia der Finanzpolizei folgten Ermittlungen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft wegen Betrugs, weil chinesische Masken fälschlicherweise als „made in Austria“ verkauft wurden. Auch Missstände bei den dortigen Arbeitsverhältnissen wurden publik. Die Ermittlungen dauern bis heute an.

Schon bald konzentrierte sich im Kriminalfall Hygiene Austria aber alles um die Frage, wieso der Maskenproduzent bei Vergaben der öffentlichen Hand trotz höherer Preise als der Wettbewerb so problemlos zum Zug kam. Gleich zu Beginn der Coronakrise zog das Unternehmen einen Megaauftrag der Republik Österreich an Land: 1,2 Millionen mutmaßliche „Made in Austria“-Masken wurden an 184 staatliche Stellen verteilt. Kostenpunkt: 1,3 Millionen Euro. Einen weiteren größeren Auftrag der öffentlichen

Hand hatte das Unternehmen, als die Ermittler erstmals hellhörig wurden, bereits in der Tasche. Wie war das möglich, dass die öffentliche Hand einem gänzlich unbekanntem Unternehmen derart auf den Leim ging und dafür Millionen an Steuergeldern einkassierte, fragten sich damals viele. Auch ein ständiger U-Ausschuss beschäftigte sich mit der Thematik.

IM KRISENMODUS. Doch die Auftragsvergabe an Hygiene Austria war nicht die einzige, die in der Corona-Zeit für Aufregung sorgte. Noch nie waren öffentliche Stellen derart gefordert. Zahlreiche neue Anbieter im Gesundheitsbereich vom Maskenhersteller über den Handschuhproduzenten bis hin zu diversen Covid-19-Test-Lieferanten trafen auf überforderte Behörden, die noch dazu sehr rasch agieren mussten. „Die öffentliche Hand hat sich dabei nicht ausgezeichnet“, findet der Vergaberechtspezialist

Martin Schiefer im Interview mit dem trend (siehe Folgeseiten): „Gerade im Beschaffungswesen haben sich massive Lücken gezeigt.“ Kathrin Hornbanger, Vergaberechtsanwältin bei Baker McKenzie in Wien, hat ähnliche Erfahrungen wie ihr Kollege gemacht: „Es hat speziell unter dem Deckmantel der Notbeschaffung viele intransparente Vergaben gegeben“, berichtet sie. Eine dieser umstrittenen Impfstoff-Vergaben führte sogar zum Rücktritt von Clemens Auer, dem Sonderbeauftragten für internationale Angelegenheiten im Gesundheitsministerium. Auch scheint es bis heute unklar zu sein, warum das Rote Kreuz zu Beginn der Pandemie die Corona-Einkäufe für die Republik übernahm. Immerhin wurden dafür 138 Millionen Euro ausgegeben.

Aber schon vor Ausbruch der Pandemie war das Beschaffungswesen ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Bis zu 62 Milliarden Euro oder 18 Prozent des BIP beträgt das jährliche Volumen öffentlicher Vergaben in Österreich. Das hat der

Auftragnehmerkataster im Jahr 2018 errechnet. Seither ist das Volumen weiter angestiegen. Der größte Auftraggeber ist dabei mit einem Abstand der Bund, und da wiederum befindet sich der Löwenanteil der Vergaben in der Baubranche. In der gesamten EU liegt der Wert der Auftragsvergaben immerhin bei beeindruckenden zwei Billionen Euro.

Die Tendenz dieser Vergaben war bereits vor der Coronapandemie stark wachsend und hat in den letzten zwei Jahren noch eine weitere Beschleunigung erfahren haben, wie ein jüngst veröffent-

„Die öffentliche Hand hat sich bei Vergaben während der Coronakrise nicht ausgezeichnet.“

MARTIN SCHIEFER
VERGABERECHTSPEZIALIST



► fentlichter Bericht der OECD zeigt. Das deckt sich auch mit den Beobachtungen der Experten. „Das Beschaffungsvolumen ist pandemiebedingt in den letzten Jahren enorm gestiegen“, berichtet Hornbanger.

Ähnliches zeigen auch die Zahlen der Bundesbeschaffungs GmbH, die außer für die Vergabe von Bauaufträgen für den Großteil der Beschaffungen der öffentlichen Hand in Österreich verantwortlich zeichnet. 2020 kletterte das über die BBG angeschaffte Volumen auf einen Wert von 1,8 Milliarden Euro. 2021 scheint es in der Tonart weitergegangen zu sein, wie eine Anfrage des trend bestätigt: „Das Sortiment im Themenfeld ‚Medizin & Labor‘ wurde pandemiebedingt ausgeweitet, was sich auch im Arbeitsaufwand niedergeschlagen hat“, heißt es. 2021 wurde in der BBG die Zahl der Mitarbeiter (2020: 116) leicht erhöht.

Der BBG kam in der Coronakrise nach den Notbeschaffungen des Roten Kreuzes eine ganz zentrale Rolle zu. Eine Rolle, der sie aber nicht immer gerecht wur-



„Während Corona wurde bei Vergaben in wichtigen Fragen lange Zeit zu wenig auf Qualität geachtet.“

KATHRIN HORNBANGER
VERGABERECHTSEXPERTIN



„Mit vereinten Kräften schaffen wir es, die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie mit sozialer Vergabe abzufedern.“

ALMA ZADIC
JUSTIZMINISTERIN

Die Trends im Vergaberecht

- 1 NACHHALTIGKEIT.** Soziale Kriterien oder Umweltstandards finden immer öfter Berücksichtigung bei der öffentlichen Auftragsvergabe.
- 2 KRIMINALISIERUNG.** Vergabeverfahren werden nicht nur häufiger angefochten, sie sind auch immer öfter Gegenstand von U-Ausschüssen und strafrechtlichen Ermittlungen.
- 3 TRANSPARENZ.** Das Transparenzpaket zwingt die öffentliche Hand auch zu mehr Offenheit bei Vergaben.
- 4 MEDIZIN, IT.** IT-Beschaffungen stehen an erster Stelle, die Corona-Jahre haben dem Bereich „Medizin & Labor“ aber einen gewaltigen Boom beschert.
- 5 RECHTSUNSICHERHEIT.** Schwammige Rahmenverträge, nachträgliche Konditionsänderungen und Projektabsagen erleichtern Bieter das Leben nicht unbedingt.

de, wie manche Beobachter meinen. So habe sie bei Ausschreibungen nachträglich die Bedingungen geändert, mit manchen Unternehmen aus unerfindlichen Gründen keine Rahmenvereinbarungen abgeschlossen und bei Vergaben zu wenig auf Qualität geachtet. „Die BBG vergibt 1,8 Milliarden Euro, aber prüft inhaltlich nicht, wer die Zuschläge eigentlich bekommt. Mittlerweile sind viele Glücksritter in der Szene unterwegs“, beklagt etwa Michael Havel, Gründer des Analyselabors „Alles gurgelt“ im Gespräch mit dem trend. Zentrales Problem bei den meisten während der Coronakrise vergebenen Aufträge sind die von der BBG abgeschlossenen Rahmenvereinbarungen. „Es macht keinen Sinn, Rahmenvereinbarungen mit 29 Lieferanten abzuschließen, von denen niemand weiß, ob er überhaupt etwas liefern wird“, meint Rechtsanwalt Schiefer. Die Unsicherheit bei Bieter sei deshalb groß, manche würden gar nicht mehr bei öffentlichen Ausschreibungen mitmachen wollen. Die BBG verweist jedoch darauf, dass nicht sie sondern die öffentlichen Organisationen für die konkrete Vertragsgestaltung zuständig seien.

STREIT UM VERGABEN. Manche Bieter fechten diese in ihren Augen mangelhaften Ausschreibungen in meist lange andauernden Nachprüfungsverfahren beim Bundesverwaltungsgericht an. Immerhin geht es um viel Geld. Wie etwa bei der Ausschreibung der Antigen-Tests, wo per Direktvergabe ein Auftrag im Ausmaß von 67 Millionen Euro an Siemens und Roche vergeben und später vom Gericht gestoppt wurde. Für die steigende Zahl an meist sehr komplexen Vergaberechtsfällen sind beim Bundesverwaltungsgericht aktuell gerade einmal fünf Richter zuständig. Allerdings ist zu hören, dass nun zwei weitere hinzukommen sollen.

Immer öfter werden Ausschreibungen aber auch Gegenstand von strafrechtlichen Ermittlungen oder Untersuchungsausschüssen. „Whistleblowing und Vernadern findet auch im Vergaberecht statt“, erzählt Anwalt Schiefer. So fand etwa auf Verlangen der Neos im ersten Halbjahr 2021 ein ständiger Untersuchungsausschuss statt, der die Corona-Beschaffungen unter die Lupe nahm, aber kaum befriedigende Ergebnisse brachte. In einem sind sich aber die meisten Vergaberechterspezialisten einig: Die Verfahren müssen transparenter ablaufen. Allein schon, um den Anschein

FOTOS: NEWS MATT OBSERVE, WOLFGANG WOLAK, PICTUREDESK.COM/KARL SCHÖNDORFER

Nachhaltigeres Beschaffen

Im Juli hat die Regierung einen revidierten Aktionsplan (naBe) für nachhaltigeres Beschaffen der öffentlichen Hand vorgelegt.

ÖKOLOGISCHER, regionaler und sozialer sollen die öffentlichen Stellen bei ihren Auftragsvergaben agieren. Was das konkret heißt, hat die Regierung Mitte des Jahres bei der Präsentation des naBe-Aktionsplans und dessen 16 Kernkriterien erläutert. So sollen etwa mindestens 20 Prozent des beschafften Büromaterials mit einem Umweltzeichen Typ I12 zertifiziert sein, bei der Beschaffung von Lampen und Glühbirnen ist tunlichst LED zu wählen, Veranstaltungsorte müssen mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein, und beim Kauf von Lebensmitteln ist nicht nur darauf zu achten, dass diese aus ökologischer Erzeugung stammen, sondern dass sie auch regional und saisonal passen. Eine Checkliste von 18 Punkten soll zudem dabei helfen, dass der Lebensmittelabfall möglichst gering gehalten wird. Besonders ausführlich fällt das Kapitel über Mobilität aus: Carsharing geht vor Autokauf, und wenn schon Autokauf, dann ein E-Auto. Für Strecken unter zehn Kilometern sollen die Beamten lieber auf Drahtesel umsteigen oder überhaupt zu Fuß gehen. Die öffentliche Flotte soll im Prinzip bereits ab 2022 emissionsfrei sein. Ausnahmen gibt es für Auslaufmodelle, die bis spätestens 2027 aber auch abgebaut werden sollen. Nicht einmal Spezifikationen für die Beschaffung von Toilettenpapier dürfen auf den insgesamt 116 Seiten fehlen. Dieses muss zu mindestens 50 Prozent aus Recyclingfasern bestehen und sollte ohne Chlor gebleicht worden sein. Zur Erleichterung für die Anwender wurde in der BBG eine eigene naBe-Plattform installiert. Außerdem sollen die Kriterien laufend evaluiert werden. Eine entsprechende Novelle des Vergabegesetzes, in die all das einfließen hätte sollen, hat die Regierung bislang noch nicht zusammengebracht. Was manche Experten aber auch für nicht erforderlich halten.



GEPLATZTE AUFTRAGSVERGABE IN DER LOBAU. Der nachträgliche Baustopp in der Lobau verunsichert Bieter, weil sie keine Planungssicherheit mehr haben.

dubioser Vergaben zu vermeiden. Allmählich dürfte aber auch beim Beschaffungswesen nach der Corona-Hektik der letzten beiden Jahre wieder so etwas wie Normalität einkehren. „Man bewegt sich aus dem Krisenmodus raus. Die Vergabesituation wird wieder deutlich besser, eine Lernkurve ist bemerkbar“, findet auch Rechtsanwältin Hornbanger. Und neben den noch immer zahlreichen pandemiebedingten Ausschreibungen gewinnen auch andere Themen wieder an Bedeutung.

POLITISCHES STEUERUNGSMITTEL. Über die Vergabe will die Politik speziell soziale und Umweltthemen besser steuern. So hat Justizministerin Alma Zadic Mitte des Jahres gefordert, bei der Vergabe, speziell jetzt in der Krise, auch auf Arbeitsplätze zu achten. „Das Vergaberecht bietet der öffentlichen Hand viele Möglichkeiten, die sozial besten Bieter zum Zug kommen zu lassen. Ich kann die Auftraggeber in der öffentliche Hand nur ermutigen, von diesen Möglichkeiten Gebrauch zu machen. Mit vereinten Kräften beschaffen wir es, die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie auch mit sozialer Vergabe abzufedern“, so die Justizministerin.

Besonderes Augenmerk soll bei der Beschaffung auch auf nachhaltige Kriterien geachtet werden. Dazu hat die Regierung Mitte des Jahres einen Aktionsplan für nachhaltige Beschaffung (naBe, siehe Kasten rechts) präsentiert, der die Ausschreibungskriterien detailliert fest-

legt. Eine geplante Novellierung des Vergabegesetzes im Sinne der Nachhaltigkeit ist bislang aber noch nicht vorgenommen worden. Das Thema Nachhaltigkeit beschäftigt Auftraggeber und Auftragnehmer aktuell aber auch aus einem anderen Grund.

Denn Umweltministerin Leonore Gewessler hat ja angekündigt, alle Straßenbauprojekte evaluieren zu wollen, und den Bau des Lobau-Tunnels bereits abge sagt. Das, so berichten Vergaberechterspezialisten, führe zu großer Unsicherheit unter Bieter. Schiefer: „Die Planungssicherheit leidet natürlich entsprechend unter solchen Aktionen.“ Manche Bieter überlegen wegen dieser Unsicherheit sogar, gar nicht mehr für die öffentliche Hand anbieten zu wollen.

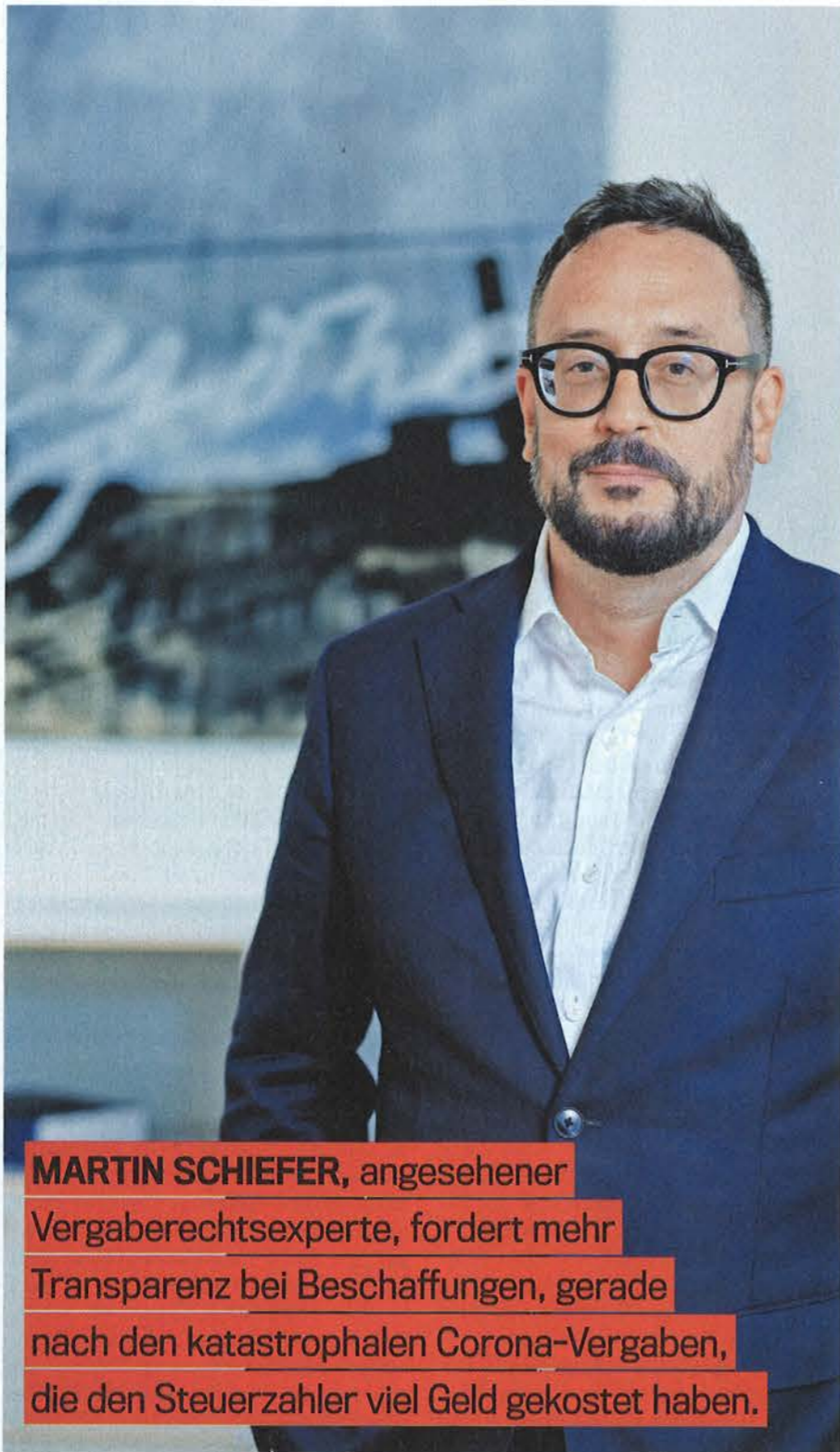
Aber nicht nur in Österreich werden Vergaben verstärkt als politisches Steuerungsinstrument eingesetzt. Mithilfe des „Instruments für das internationale Beschaffungswesen“ arbeitet das EU-Parlament aktuell gerade daran, es europäischen Unternehmen zu erleichtern, an Auftragsvergaben in weitgehend abgeschotteten Märkten wie China teilnehmen zu können. Eine Verordnung, die bei Ausschluss von Vergaben europäischer Firmen im Ausland diesen umgekehrt auch vorsieht, soll in Kürze beschlossen werden. **IT**

TREND: Wie hat sich die öffentliche Hand Ihrer Meinung nach bei den Vergaben in der Coronakrise geschlagen?
MARTIN SCHIEFER: Sie hat sich nicht ausgezeichnet. Corona hat gezeigt, dass wir als Österreicher im Improvisieren sehr gut sind, aber das Überführen in den Regelbetrieb gelingt meist nicht. Gerade im Beschaffungswesen haben sich massive Lücken gezeigt. Da reicht es nicht, nur das Vergaberecht zu kennen, entscheidend sind Lieferantenbeziehungen, die Kenntnis der Produktionsstätten und letztlich das Vertrauen in die Auftragnehmer. Ein Beispiel: Es macht keinen Sinn, Rahmenvereinbarungen mit 29 Lieferanten abzuschließen, von denen niemand weiß, ob er überhaupt etwas liefern soll. Das zeigt sich jetzt auch im PCR-Test-Chaos. Das ist ganz klar ein Versagen der Beschaffer.

Was hätte da Ihrer Meinung nach anders laufen sollen? Zum Beschaffen muss man in der Verhandlungstechnik firm sein, muss das Preisgefüge kennen, muss ein gutes Netzwerk haben und dazu gehört Vertrauen. Und dieses Vertrauen haben viele Beschaffer dem Billigstbieterprinzip geopfert und deshalb keine Leistungen bekommen.

Hätte man von Anfang an alles der Bundesbeschaffung GmbH (BBG) übertragen sollen? Die BBG ist für den Regelbedarf eingerichtet und nicht für einen Notfall der ganzen Republik. Es wäre gescheitert gewesen, das über das Gesundheitsministerium zu steuern und mehrere Beschaffungszentren zu belassen, die miteinander abgestimmt die Beschaffungen vornehmen.

Führen diese für Auftragnehmer unsicheren Rahmenbedingungen dazu, dass diese nicht mehr anbieten? Ja, das ist der Schluss daraus. Viele Bieter denken sich: „Je unsicherer die Bestellqualität beim Auftraggeber ist, desto weniger gerne nehme ich an einer Ausschreibung teil.“



MARTIN SCHIEFER, angesehener Vergaberechts- und Beschaffungsexperte, fordert mehr Transparenz bei Beschaffungen, gerade nach den katastrophalen Corona-Vergaben, die den Steuerzahler viel Geld gekostet haben.

INTERVIEW: ANGELIKA KRAMER

„Vertrauen wurde dem Billigstbieterprinzip geopfert“

Das führt dazu, dass einige lieber im Privatbereich und nicht bei öffentlichen Ausschreibungen teilnehmen. Das sehen wir sehr stark in der Bau- und IT-Branche.

Wurden bei der Beschaffung aus der Coronakrise irgendwelche Lehren gezogen? Die Hauptlehre ist, dass man das Vertrauen in die Lieferanten stärken muss. Man muss in guten Zeiten seine Lieferantenbeziehungen pflegen, dass man in schlechten Zeiten nicht auf der Strecke bleibt.

Aus Gründen der Dringlichkeit haben ja in der Coronakrise auch einige Direktvergaben stattgefunden. War das alles gerechtfertigt? Das Vergaberecht kennt zwar Notvergaben, aber viele Beschaffer haben es sich dann einfach gemacht und vieles als Notvergaben tituliert, obwohl es auch andere Instrumente gegeben hätte, wie ein „Open House“-Verfahren. Die Ideen für Alternativkonzepte haben oft gefehlt und nicht alle Direktvergaben haben auch wirklich nur einen Notbedarf abgedeckt.

Bei aller berechtigten Kritik an der österreichischen Beschaffung, die EU hat sich speziell beim Impfstoff aber auch nicht geschickter angestellt, oder? Völlig richtig. Der Einkauf muss überall mehr Wertigkeit bekommen. Bei den professionellen Beschaffern bzw. den Ländern, die gut durch die Krise gekommen sind, sieht man, dass das Beschaffungswesen militärstrategisch angelegt war. Grundsätzlich macht es aber Sinn, europäische Beschaffungen europäisch zu regeln und Regionales regional zu belassen.

Als Außenstehender bekommt man den Eindruck, dass Ausschreibungsverfahren immer öfter beeinträchtigt werden. Immer dann, wenn es der Wirtschaft schlecht geht, nimmt die Zahl der Anfechtungen zu. Generell wird der Weg aber immer öfter nicht unbedingt über die Vergabekontrolle geführt, sondern es wird mit Anzeigen bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft operiert. Whistleblowing und Vernadern finden auch im Vergaberecht statt.

Wie sauber sind öffentliche Vergaben Ihrer Meinung nach wirklich? Vergaben müssen selbstverständlich supersauber, transparent und nachvollziehbar sein. Das gilt generell, wenn Profis dabei sind. Das ist eine gute Garantie dafür, dass

alles korrekt abläuft. Denn der Berater ist seinen Job los, wenn ein Verfahren angreifbar ist.

Aber gerade Bauvergaben haben immer noch den Geruch, ein bisschen schmutzig abzulaufen, siehe Baukartell ... Das hat sich in den letzten Jahren massiv geändert. Natürlich gibt es wie überall schwarze Schafe, aber Compliance-Systeme in Baufirmen sind mittlerweile Usus.

Sie haben sich ja für mehr Transparenz bei Vergaben ausgesprochen. Wo konkret soll mehr Transparenz sein? Gerade Not- oder Direktvergaben sollten wenigstens danach transparent gemacht werden: An wen und zu welchem Preis wurde vergeben? Je transparenter ein Auftraggeber ist, umso besser geht es ihm letztlich damit. Schließlich geht es ja um Steuergeld.

Sehen Sie beim Vergabegesetz sonst irgendwo Reformbedarf? Im Gesetz selbst sehe ich keinen Reformbedarf. Auch das Thema Nachhaltigkeit muss nicht eigens im Gesetz verankert werden. Das Vergabegesetz ist ohnehin schon sehr komplex. Spezielle Bereiche sollten über Verordnungen gelöst werden oder einfach mit Hausverstand.

Wie könnte man Ihrer Meinung nach mehr Nachhaltigkeit bei den Beschaffun-

ZUR PERSON
MARTIN SCHIEFER, 50, ist einer der renommiertesten Vergaberechts-Experten des Landes, der auch alljährlich im trend-Anwaltsranking auf den vorderen Plätzen zu finden ist. Zuletzt war er an der Ausschreibung für das LASK-Stadion beteiligt und hat die Streitereien rund um das Krankenhaus Nord in Wien befriedet. Schiefer hat sich im Herbst 2018 mit einer eigenen Anwaltskanzlei selbstständig gemacht, nachdem er mehr als 15 Jahre in einer Kanzleigemeinschaft mit seinem Kollegen Stephan Heid gearbeitet hat. Mittlerweile ist die Schiefer Rechtsanwälte GmbH auf 38 Mitarbeiter an fünf Standorten angewachsen. Der Vater zweier Kinder hat Rechtswissenschaften an der Universität Graz studiert und war danach als Universitätsassistent tätig. Das Motto seiner Kanzlei lautet „Vergaberecht neu denken“.

gen erreichen? Der Aktionsplan für nachhaltige Beschaffung (NaBe) zeigt sehr gut, dass, wenn sich Profis zusammensetzen und mit anderen Beschaffern ihr Wissen teilen, das Auftraggebern viel mehr nützt als der 36. Paragraph im Bundesvergabegesetz. Das Zumüllen mit weiteren Regeln ist kontraproduktiv.

Was wurde denn aus dem Vorhaben, das Vergabegesetz im Sinne der Nachhaltigkeit zu reformieren? Das scheint im Corona-Chaos auf der Strecke geblieben zu sein. Aber vielleicht startet man ja nächstes Jahr noch einen neuen Anlauf. Ist aber – wie gesagt – nicht unbedingt erforderlich.

Aber wenn ich einem Beschaffer sage, er kann bei der Vergabe etwa soziale Kriterien berücksichtigen, passiert das dann auch? Aus meiner Sicht sollte er das allein schon aus Eigeninteresse machen. Als Berater versuchen wir, unsere Kunden auch davon zu überzeugen, dass das für sie ein Mehrwert ist.

Zeigt dieser NaBe-Plan schon Auswirkungen? Der muss jetzt mit Leben befüllt werden. Wir haben schon fünf Ausschreibungen draußen, wo wir uns damit beschäftigt haben. Da geht es etwa um Lebensmittelbeschaffungen, den Betrieb von Betriebsküchen oder Green Events. Das kann der Auftraggeber alles selbst steuern, mit Rückendeckung des Vergaberechts.

Wie beeinflusst das Ihre Kanzlei? Beschäftigen Sie dann zum Beispiel auch eigene Ernährungsexperten? Ja, wir versuchen, in der Kanzlei Nachhaltigkeit selbst zu leben, indem wir etwa Büros vor Ort haben und zu 100 Prozent digitalisiert sind und das Know-how in der Kanzlei in Competence-Gruppen bündeln.

Von der Umweltministerin werden ja aktuell sämtliche Straßenbauprojekte evaluiert und zum Teil – wie der Lobautunnel – über den Haufen geworfen. Was macht das mit den Bietern? Im Vorfeld hat es ja bereits viele Berateraufträge gegeben, es wurde viel Hirnschmalz in ein Projekt gesteckt, bevor die Bagger auffahren. Diese Berater sind natürlich massiv betroffen. Und die Planungssicherheit leidet entsprechend unter solchen Aktionen. Man braucht als Bieter schon eine Handschlagqualität des Auftraggebers. Irgendwann habe ich halt keine Unternehmen mehr, die mitbieten. ■